Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE66401545300000008664 BIC: WELADE3WXXX

01.05.2025

Briefaktion 09/25 **– VIETNAM:** *Y Krec Bya und Y Quynh Bdap*

willkürliche Haft, drohende Folter

Vietnam: 88,7 Mio. Einwohner auf 331.114 km2 Fläche, BSP/Einw. 1.400 $ (2012), Bevölkerung: 87% Vietnamesen, Hmong, Thai, Khmer, Chinesen; Religion: über 50% Buddhisten, 8-10% Christen (v.a. Katholiken und protestantische „Hauskirchen"), 2-4% Anhänger des Hoa Hao, 2% Anhänger des Caodaismus, Minderheit von Muslimen. *Vietnam hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.

In Vietnam werden ethnische Minderheiten, die oft als „Montagnards" bezeichnet werden und im Hochland leben, brutal verfolgt. Der kolonial geprägte Begriff „Montagnards" ist umstritten. Obwohl verschiedene Ethnien gesammelt damit gemeint werden, verwenden auch Minderheiten selbst die Bezeichnung.
Opfer der Repressalien werden insbesondere Angehörige der Evangelischen Kirche Christi des zentralen Hochlandes, die von den Behörden nicht als Glaubensgemeinschaft anerkannt wird.
ACAT hat sich bereits 2024 für die im Folgenden genannten Gefangenen eingesetzt.
Der Menschenrechtsaktivist **Y Krec Bya** ist Mitglied der Evangelischen Kirche Christi des zentralen Hochlandes. Er war erstmals von 2005 bis 2011 inhaftiert, weil er sich für die Achtung der Religionsfreiheit seiner Gemeinschaft eingesetzt hatte. Der Vater zweier Kinder wurde an Ostern 2023 erneut festgenommen.
Y Krec Bya wurde am 28. März 2024 nach Artikel 116 des vietnamesischen Strafgesetzbuchs wegen „Sabotage der nationalen Einheit" zu 13 Jahren Haft und 5 Jahren Bewährung verurteilt. Im Gefängnis erhält er keine angemessene Ernährung. Geld von Angehörigen für eine bessere Versorgung wurde ihm nicht ausgehändigt.

Auch im Ausland verfolgt das vietnamesische Regime Andersdenkende (transnationale Repression).
Der seit 2018 in Thailand lebende Vietnamese **Y Quynh Bdap**, ein vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR anerkannter Flüchtling, wurde am 11. Juni 2024 von den thailändischen Behörden in der Hauptstadt Bangkok festgenommen und in Untersuchungshaft gebracht. Dies könnte direkt von Vietnam veranlasst worden sein. Die thailändischen Behörden haben eine Überschreitung der Aufenthaltsdauer als Grund für seine Inhaftierung angegeben. Diese Überschreitung ging allerdings auf Versuche vietnamesischer Behörden zurück, Bdaps Aufenthaltsort in Thailand ausfindig zu machen. Er musste daher untertauchen.
Y Quynh Bdap, Mitbegründer der Organisation „Montagnards Stand for Justice" (MSFJ), setzt sich vehement für die religiösen Freiheiten und die Rechte der indigenen Minderheiten in Vietnam ein.
Im Januar 2024 war Bdap von den vietnamesischen Behörden in Abwesenheit unter dem Vorwurf des Terrorismus gemäß Artikel 299 des vietnamesischen Strafgesetzbuchs zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Die Anklage bezog sich auf seine angebliche Beteiligung an Anschlägen auf Regierungsbüros in der Provinz Dak Lak im Juni 2023, bei denen neun Menschen getötet wurden. In einer Videoerklärung beteuerte Bdap seine Unschuld und bestritt jede Beteiligu^ng an den Anschlägen.
Die Regierung Vietnams hat die Auslieferung des Gefangenen aus Thailand beantragt. Im Falle einer Rückführung drohen Bdap willkürliche Haft und Folter.
Im Herbst 2024 urteilte ein Gericht in Bangkok nach einem zweifelhaften Verfahren, dass Bdap nach Vietnam überstellt werden kann. Er hat dagegen Berufung eingelegt. Möglicherweise konnte die internationale Aufmerksamkeit seine Auslieferung bisher verhindern. Lokale Behörden in Vietnam haben seine Familienangehörigen massiv unter Druck gesetzt, auf Y Quynh Bdap einzuwirken, sich zu ergeben.

Bitte schreiben Sie an den Ministerpräsidenten der Sozialistischen Republik Vietnam und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto nach Vietnam, Luftpost, 1,25 EUR**; nach Berlin 0,95 EUR). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.05.2025.*
[Fax-Nr. der Botschaft: 030/53630200, S.E. Herrn Vu Quang Minh; E-Mail: info@vietnambotschaft.de]

Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE66401545300000008664 BIC: WELADE3WXXX

01.05.2025

Briefaktion 10/25 – **MEXIKO:** *Pascuala López López und Mario Gómez López*

willkürliche Haft, Drohungen

Mexiko: 114,7 Mio. Einwohner auf 1.953.162 km² Fläche, BSP/Einw. 9.740$ (2012), Bevölkerung: 75% Mestizen, 14% Indigene, 10% Weiße, Religion: 83% Katholiken, 5% Protestanten (v.a. Pfingstkirchen), 2% Adventisten, Mormonen, Zeugen Jehovas u.a., 4% religionslos. Unabhängig seit 1810.
Mexiko hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* sowie das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.

Pascuala López López und **Mario Gómez López** sind ein Ehepaar, das der Maya-Gemeinde Tsotsil im Bundesstaat Chiapas angehört und die Menschenrechte verteidigt. Beide prangern die Präsenz rivalisierender krimineller Gruppen in ihrer Gemeinde im Bundesstaat Chiapas an. Auch fordern sie Gerechtigkeit für ihren Sohn Mateo, der am 3. Februar 2020 im Teenageralter ermordet wurde.
Aufgrund ihres Engagements wurden Mario und Pascuala selbst Opfer von Drohungen. Pascuala wäre im April 2022 selbst fast einem Mord zum Opfer gefallen.

Der Maurer Mario Gómez López nahm an zahlreichen Demonstrationen für Frieden und Sicherheit sowie an Aktionen teil, die Gerechtigkeit für seinen ermordeten Sohn forderten.
Am 24. Januar 2025 wurde Mario von der Stadtpolizei von San Cristóbal de las Casas festgenommen und in das Gefängnis „El Amate“ gebracht. In dem Gefängnis soll es oft zu Folter und Misshandlungen kommen. Gründe für seine Inhaftierung wurden ihm nicht mitgeteilt. Er wurde schließlich freigelassen, jedoch nicht von Anschuldigungen entlastet. Er steht derzeit unter Hausarrest.
Mario wird vorgeworfen, den Frieden sowie die körperliche und materielle Unversehrtheit der Gemeinde und des Staates gestört zu haben. Wie Dutzende von NGOs, Verbände und Gewerkschaften betonen, handelt es sich hierbei um eine gezielte Kriminalisierung des Menschenrechtsverteidigers.
Mario wird unter anderem beschuldigt, am 17. April 2023 an einer Brandstiftung in der Gemeinde Santa Cruz beteiligt gewesen zu sein. Mario war bei den Bränden nicht nur nicht anwesend, sondern das Haus, das er mit Pascuala bewohnt, gehörte auch zu den betroffenen Häusern. Trotz dieser Tatsache steht Mario unter Hausarrest und wird weiterhin als Beschuldigter geführt.

Mario, Pascuala und andere Mitglieder der Gemeinde kritisieren das Agieren einer bewaffneten Gruppe, die darauf abzielt, Land zu kontrollieren. Die Gruppe besetzt indigenes Land, rekrutiert Jugendliche unter Zwang und bedroht diejenigen, die sich widersetzen. Der Sohn Mateo López wurde im Februar 2020 erschossen, einen Monat nachdem er sich geweigert hatte, der kriminellen Gruppe beizutreten.
Mario und Pascuala beklagen die schleppenden Ermittlungen und die Gleichgültigkeit der Regierung des Bundesstaates Chiapas. Pascuala beschuldigt sogar einen Vertreter der Staatsanwaltschaft für indigene Gerechtigkeit, sie bedroht zu haben. Der Vertreter soll behauptet haben, dass sie das gleiche Schicksal wie ihr Sohn erleiden könnte.
Mario, Pascuala und zwei weiteren Familienmitgliedern waren im Januar 2023 von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (IACHR) Schutzmaßnahmen zugesprochen worden. Die Behörden stehen in der Verantwortung, diese umzusetzen.

Bitte schreiben Sie an den Gouverneur des mexikanischen Bundesstaats Chiapas und senden Sie eine Kopie an den Botschafter Mexikos in Berlin.
Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich.
Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto nach Mexiko, Luftpost, 1,25 EUR**; nach Berlin 0,95 EUR).
Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.05.2025.
[Fax-Nr. der Botschaft: 030/269323700, S.E. Herrn Francisco Jose Quiroga Fernandes; E-Mail: mexale@sre.gob.mx]